

Spendenaufruf: Politische und materielle Solidarität mit Lisa Poettinger!

Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus versagt der Klimaaktivistin Lisa Poettinger die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt (Referendariat), was faktisch einem Ausbildungs- und Berufsverbot gleichkommt. Nach jahrelangem Studium und einigen Zusatzqualifikationen soll Lisa nicht lehren dürfen.

Das Eilverfahren auf Zulassung zum Referendariat, das Lisa zusammen mit ihrer Rechtsanwältin Adelheid Rupp zuletzt verfolgte, lehnte das Verwaltungsgericht am 14. März 2025 ab. Das Gericht erkannte in diesem Rahmen zwar an, dass ein Ausbildungs- und Berufsverbot einen großen Einschnitt in Lisas Grundrecht auf freie Berufswahl (Art. 12 GG) bedeuten würde, hegte gleichzeitig aber Zweifel an ihrer charakterlichen Eignung für den Lehrberuf. Damit verließ das Gericht die Argumentation, Lisa habe antidemokratische Einstellungen und führe ebensolche Handlungen aus, und verlagerte den Schwerpunkt hin zu dem Vorwurf, Lisa mangle es an der charakterlichen Eignung aufgrund ihres politischen Engagements. Ein Winkelzug, über dessen Bedeutung für das weitere Verfahren es unterschiedliche Einschätzungen gibt. Aufgeben ist auf jeden Fall keine Option. Lisa und ihre Anwältin gehen deshalb nun mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz der GEW in das Hauptverfahren. Die Klage hierzu legten die beiden bereits ein.

Um die gerichtliche Auseinandersetzung herum kommen auf Lisa weitere finanzielle Belastungen zu, die kein Rechtsschutz abdeckt, aber sehr hoch sind: So erging am 13. März 2025 das Urteil in dem Verfahren um das Abreißen eines transfeindlichen und antisemitischen AfD-Plakats im Sommer 2023. Diese Verurteilung – die Staatsanwaltschaft lehnte einen Vergleich ab – ist zwar kein Hindernis auf dem Weg zu Lisas Verbeamtung, die Höhe der Strafe, die das Gericht verhängte, hat es aber trotzdem in sich: 20 Tagessätze zu je 30 Euro, plus die angefallenen Verfahrenskosten sind zu begleichen. Gleichzeitig läuft die Öffentlichkeitsarbeit auf Hochtouren. Diese ist notwendig, denn ohne öffentliches Interesse ist es kaum möglich, den Kampf gegen die Ungerechtigkeit eines Ausbildungs- und Berufsverbots zu gewinnen.

Aus diesen Gründen wurde nun auch ein **Spendenkonto** eingerichtet:

Rechtsanwältin Adelheid Rupp
IBAN DE28 7116 0000 0100 3466 32
Verwendungszweck: „Solidarität mit Lisa Poettinger“

Hinweis: Das Konto wurde eigens für Lisa eingerichtet und ist kein Privatkonto. Sollte die Summe der eingehenden Spenden den tatsächlich entstandenen Kostenaufwand übersteigen, wird der Überschuss zur Deckung weiterer Repressionskosten gegen Klimaaktivist*innen weitergegeben.

*Diesen von der GEW Bayern veröffentlichten Spendenaufruf unterstützt auch
berufsverbote.de,*

06. April 2025